

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

1.2.1865 (No. 27)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. Februar.

N. 27.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 31. Januar.  
Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 20. Jan. d. J. gnädigst geruht, den Postoffizialen Emil Leng er in Heidelberg in gleicher Eigenschaft zum Postamte Konstanz zu versetzen;

ferner unterm 28. Jan. l. J. den Revisor Karl Herlin bei der Direktion der Vertheilungsanstalten auf sein unterthänigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

**Karlsruhe, 31. Jan.** Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl hat heute Vormittag die Residenz verlassen, um sich nach Wien zu begeben; Hochderselbe gedenkt nur 14 Tage daselbst zu verweilen und wird sodann wieder hieher zurückkehren.

**Karlsruhe, 30. Jan.** Die Polytechnische Schule zu Karlsruhe. Es wird auch über die Grenze unseres Landes hinaus von Interesse sein, über die in der letzten Zeit neben der Vollendung des ausgedehnten äußeren Neubaus durchgeführte Neugestaltung in den inneren Einrichtungen und Zuständen der Polytechnischen Schule zu Karlsruhe genaueren Aufschluß zu erhalten, welchen wir, nachdem nunmehr das neue Statut die allerhöchste Genehmigung Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs erhalten hat, in dem Folgenden geben wollen:

Bei dem Tode Redtenbacher's, dieses ausgezeichneten Lehrers und durchgreifenden Direktors (Frühjahr 1863) ersahen Vielen ein Verfall der blühenden Anstalt kaum vermuthlich. Der heldenhafte Mann hatte lange mit dem Tode gerungen, den man, trotz mancher Sorge, nicht durch Verhandlungen über Nachfolger in Regiment und Lehramt hatte verbittern wollen. Ueber die ganze Anstalt war eine gedrückte Stimmung verbreitet, deren üble Wirkung verstärkt wurde, als Gegenstände in den Lehrkörper, wie sie freilich an allen dergleichen Anstalten wahrgenommen werden, in bedenklicher Stärke hervortraten und der Abgang zweier weiteren beliebten Lehrkräfte in sicherer Aussicht stand.

Die Regierung ihrerseits faßte den Entschluß, jeder Gefahr für die Erhaltung des Bisherigen dadurch zu begegnen, daß mit allem Nachdruck eine Hebung der Anstalt über ihre Leistungsfähigkeit in den besten Jahren hinaus angestrebt werde. Zu dem Zweck sollten die Lehrkräfte nicht nur ergänzt, sondern vermehrt werden, und die Anstalt im Ganzen einestheils eine mehr einheitliche, in ihren verschiedenen Theilen mehr verwandte Lehraufgabe gestellt, andererseits der Charakter einer technischen Hochschule verliehen werden. Eine Reihe dahin abzielender Maßregeln ist seitdem in rascher Folge in Vollzug gesetzt worden.

Unter den Berufungen zum Ersatz abgewandener Lehrkräfte wollen wir nur derjenigen zum Ersatz Redtenbacher's gedenken, weil diese zugleich bezweckte, eine Aenderung der Lehrauf-

gabe durchzuführen, indem an Stelle der von Redtenbacher zwar mit Virtuosität vertretenen, aber selbst von ihm für die Dauer schwerlich zu erhaltenden Verbindung und gleichzeitigen Behandlung der Maschinenlehre und der Anleitung zum Maschinenbau die arbeitstheilige Erlebung durch zwei Professoren (Grashof, vom Berliner Gewerbetinstitut, und Hart, den Hilfsarbeiter Redtenbacher's auch bei dessen wissenschaftlicher Produktion) erfolgen sollte.

Das gewöhnliche Herzleiden der Polytechnischen Schulen ist Hypertrophie; sie können die jungen Leute nicht früh genug bekommen und greifen dadurch in die Lehraufgaben der Vorschulen und Mittelschulen; sie können nicht Fachschulen genug bekommen und errichten deshalb Kurse, die nicht eingelebter, sondern angehängt, beziehungsweise angeschweift sind. Die mißlichen Folgen für die Disziplin, für das Gemeingefühl im Lehrkörper u. s. w. wollen wir nicht weiter ausführen.

Von der Polytechnischen Schule in Karlsruhe sind nunmehr die Einrichtungen zur besondern Vorbereitung für den eigentlichen polytechnischen Unterricht vollständig abgetrennt worden: die zweiklassige „Vorschule“ und obendrein die erste der (früher drei) mathematischen Klassen sammt dem „kalligraphischen Unterricht“ u. dgl. wurden aufgehoben. Dieses konnte freilich auch erst jetzt geschehen. Erst zu derselben Zeit — Herbst 1864 —, als die neuen Geleze der Polytechnischen Schule in Wirksamkeit gesetzt und das Aufnahmsalter der Schüler auf das vollendete 17. Lebensjahr erhöht wurden, war es gelungen, die „höhere Bürgerschule“ in Karlsruhe als erstes Muster für die ähnlichen Landesanstalten ins Leben zu rufen, mit der Bestimmung, den Zwischenraum zwischen der Volksschule und der Polytechnischen Schule vollständig auszufüllen.

Jünglinge und ältere Knaben, die alle unter guter Disziplin stehen sollen, aber unmöglich mit denselben Mitteln in guter Disziplin gehalten werden können, wurden getrennt, ohne daß man deshalb wegen eines ausnahmsweise zu beschaffenden einleitenden Unterrichts für Leute in gereifterem Lebensalter in Verlegenheit gekommen wäre. Gleichzeitig wurde der Wegfall zweier Fachschulen, der Postschule und der Handelsschule, vom Herbst 1865 an in Aussicht genommen.

Zu der That, wer mit uns die Polytechnische Schule als eine Anstalt ansieht, welche die wissenschaftliche Ausbildung für diejenigen technischen Berufsfächer bezweckt, welche die Mathematik, die Naturwissenschaften und die zeichnerischen Künste zur Grundlage haben — der wird auch bei dem Durchlesen der Lehrstunden für Post- und Handelsschulen nicht im Zweifel bleiben, daß wohl auch in den Räumen und durch ein an polytechnischen Schulen angestelltes Personal, aber doch besser anderswo für die diesen Fächern zugewendeten jungen Leute geforgt werden kann. Dagegen wurde die Errichtung einer landwirthschaftlichen Fachschule und einer volkswirthschaftlichen Professur zu Diensten aller Fachschüler beschlossen und im Zusammenhang hiermit unter bereitwilliger Zustimmung der Stände die Dotation der Anstalt um 11,000 fl. erhöht. Die Einführung einer landwirthschaftlichen Schule beruht nicht bloß auf der Ueberzeugung, daß die Grundlagen und Grundkenntnisse für die immer mehr technisch sich ausbildende Gütererzeugung der Landwirthschaft in Naturwissenschaften und Nationalökonomie beruhen, sondern auch auf der Zuversicht, daß der Betrieb der eigentlichen Praxis nicht an Lehranstalten, sondern in die Praxis selbst gehört, was an den abgeforderten

landwirthschaftlichen Lehranstalten verkannt wird. Allen Jünglingen einer polytechnischen Schule aber ist Einsicht in die Geleze der Volkswirthschaft nöthig, da sie alle zur Wirksamkeit auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Verkehrslebens berufen sind. Und wenn die Nationalökonomie heutzutage zu denjenigen Wissenszweigen gehört, mit denen jeder Gebildete einigermaßen vertraut sein muß, so ist sie überdies zugleich „vorzüglich geeignet, dem Geiste neben der sorgfältigen Beobachtung der einzelnen Erscheinung die Richtung auf das Allgemeine zu geben, und dadurch an eine wahrhaft wissenschaftliche und zugleich dem Bedürfnis des Lebens zugewandte Behandlung der Berufsstudien zu gewöhnen.“

Das neue, nunmehr sanktionirte Organisationsstatut ist unter umfassender Mitwirkung des Lehrkörpers ausgearbeitet worden. Aus demselben mag hier Folgendes erwähnt werden:

Die Polytechnische Schule erhält die Stellung einer technischen Hochschule mit dem oben charakterisirten Zweck. Sie hat 7 Fachschulen: 1) Mathematische Schule, 2) Ingenieursschule, 3) Maschinenbau- und mechanisch-technische Schule, 4) Bauerschule, 5) Chemische und chemisch-technische Schule, 6) Forstschule, 7) Landwirthschaftliche Schule. — Auf Grund der Jahresberichte aus den Schlusskonferenzen werden Zeugnisse ertheilt, sowie auch die Anstalt Zeugnisse und Diplome auf Grund freiwilliger Prüfungen nach Beendigung der Studienkurse ausstellt. Unter den Lehrern werden neben den Professoren der Polytechnischen Schule, den Funktionären und den Assistenten „Hilfslehrer“ eingeführt, welche in Stellung und Beruf eine lang vermisste Zwischenstufe zwischen den Professoren und den Assistenten bilden. In ungeführer Parallele zu Prorektor, Senat und Plenarversammlung wird Stellung und Geschäftskreis des Direktors, eines kleinen Raths und eines großen Rathes bestimmt, übrigens nicht bloß die Bezeichnung, sondern auch Anderes aus den Universitätsverhältnissen bei Seite gelassen oder umgebildet, was nun einmal an Universitäten erklärlich, erträglich, empfohlen oder notwendig ist, für die Polytechnische Schule aber, dieses Kind der Neuzeit, mit seiner in andern Personen- und Berufsreisen wurzelnden Bestimmung, durchaus nicht am Platz wäre.

Schon die Reibungen und das gährende Treiben des Ausbildungsprozesses haben belebend auf die frisch aufstrebende Anstalt gewirkt — möge das ruhige Walten und Schaffen der befestigten und befriedeten neuen Ordnung der jugendlichen dritten hohen Schule des Landes dauernden Segen bringen!

**Stuttgart, 30. Jan.** Heute begann die Zweite Kammer die Berathung des Berichts der Finanzkommission über die von der Staatsregierung mittelst des Entwurfs des Hauptfinanzetats für 1864/67 erigirten Gehaltsaufbesserungen.

Die Königl. Staatsregierung erigirt für sämtliche Gehalte, mit Ausnahme der Gehalte der Minister und des Geheimraths-Präsidenten, Zulagen von 50 fl. bis 300 fl. und schlägt daneben noch eine Veränderung in der Klasseneinteilung zu Gunsten der Exerzitoren vor. Es sollen künftig die beiden niederen Gehaltsklassen derselben wegfallen, so daß künftig die Exerzitoren der Departements der Justiz, des Innern, des Kultus und der Finanzen in 6 je um 100 fl. aufsteigende Besoldungsklassen von 1000 fl. bis 1500 fl. (statt bisher 800 fl. bis 1400 fl.) eingetheilt werden sollen, während alle übrigen Exerzitoren einfach Gehaltszulagen von je 100 fl. erhalten. Die Besoldungen der Präsidenten sollen je um 300 fl., die der Direktoren

### \* Kg. Die Geisterkutsch.

(Fortsetzung aus Nr. 25.)

Einmal drinnen, sah ich mich neugierig um, und fand mich in einem großen mit Sparwerk angelegtem Raum, der dem Anschein nach zu mancherlei Zwecken diente: Ein Ende war bis zum Dach mit Korn, wie eine Scheune, aufgefüllt; das andere war mit Messfäden, landwirthschaftlichem Gerät, Fässern und allerhand Gerümpel vollgeleget; während an den Balken oben Reihen von Schinken, Speckseiten und Büscheln getrockneter Kräuter zum Wintergebrauch hingen. Auf dem Estrich in der Mitte stand ein riesenhafter Gegenstand, der langhinaus mit einem schmutzigen Wideluch verhängt war und halbwegs zu den Dachbalken hinaufging. Einen Zipfel des Luchs aufhebend sah ich zu meinem Erstaunen ein Fernrohr von sehr beträchtlichem Umfang, das auf einem rohen beweglichen Gerüst mit vier kleinen Rädern aufgestellt war. Das Rohr war aus angestrichenem Holz gemacht, mit rothverfertigten Metallbändern umreißt; der Spiegel, so weit ich in dem trüben Licht seinen Umfang schäßen konnte, maß mindestens fünfzehn Zoll im Durchmesser. Während ich noch das Instrument untersuchte und mich fragte, ob es nicht das Werk eines selbstgelebten Optikus sei, erklang scharf eine Schelle.

„Das gilt Euch“, sagte mein Führer mit einem boshaften Grinsen. „Dort ist sein Zimmer.“

Er deutete auf eine niedere schwarze Thür am andern Ende der Halle. Ich ging hinüber auf sie zu, klopfte etwas laut an, und trat hinein ohne auf eine Einladung zu warten. Ein mächtiggroßer weißhaariger alter Mann stand von einem mit Büchern und Papieren bedeckten Tisch auf und trat mir mit strengem Blick entgegen.

„Wer sind Sie?“ sagte er. „Wie kommen Sie hieher? Was wollen Sie?“

„Alexander Murray, Rechtsanwalt. Zu Fuß über das Moor. Speise, Trank und Schlaf.“

Er zog die buschigen Brauen wie drohend finster zusammen.

„Mein Haus ist kein Wirthshaus“, sagte er hochfahrend. „Jakob, wie hast Du's gewagt, diesen Fremden einzulassen?“

„Ich habe ihn nicht eingeladen. Er ging mir über's Moor nach und drückte sich neben mir herein. Mit sechs Fuß zwei Zoll kann ich's nicht aufnehmen.“

„Und mit welchem Recht, Herr, haben Sie sich in mein Haus eingedrängt?“

„Mit demselben, mit dem ich mich an Ihr Boot geklammert hätte, wenn ich am Ertrinken gewesen wäre. Mit dem Recht der Selbsterhaltung.“

„Selbsterhaltung?“

„Der Schnee liegt schon einen Zoll hoch auf dem Boden“, versetzte ich, kitzelnd; „und eh' der Tag kommt, läge er hoch genug, um meinen Leib zuzudecken.“

Er schritt zum Fenster, zog einen schweren schwarzen Vorhang beiseite, und sah hinaus.

„Es ist wahr“, sagte er. „Sie können bleiben, wenn Sie wollen, bis zum Morgen.“ Jakob, bringe das Abendessen.“

Damit deutete er mir nach einem Stuhl, setzte sich selbst nieder, und vertiefte sich gleich auf's neue in seine Studien, aus denen ich ihn gerührt hatte.

Ich stellte mein Gewehr in eine Ecke, zog einen Stuhl an's Kamin, und beschickte mein Quartier mit Mühe. Kleiner und nicht so mit wenig-zusammenpassenden Dingen eingerichtet, als die Halle — enthielt doch dieses Zimmer Vieles, meine Neugier zu wecken. Der Boden war teppichlos. Die weißgetünchten Wände waren an Stellen mit seltsamen Diagrammen überzogen, und an andern voller Schäfte mit physikalischen Instrumenten, deren Gebrauch mir bei vielen nicht bekannt war. Auf einer Seite des Kamins stand ein mit schmutzbraunen Folianten angefüllter Bücherkasten; auf der andern eine kleine Orgel, wunderbar mit Schnitzbildern mittelalterlicher Heiligen und

Teufel verziert. Durch die halboffene Thür eines Schrankes an dem andern Ende des Gemachs sah ich eine lange Aufstellung geologischer Specimina, chirurgischer Präparate, Schmelztiegel, Retorten, und Chemikalienstücke; während auf dem Kaminsims neben mir, unter einer Menge kleinerer Gegenstände, ein Modell des Sonnensystems, eine kleine galvanische Batterie und ein Mikroskop standen. Jeder Stuhl hatte seine Laß. Jede Ecke war mit Büchern vollgeleget. Der Boden sogar war mit Karten, Abzügen, beschriebenen Papieren, Zeichnungen und gelehrtem Klunder aller erdenklichen Art überstreut.

Ich starrte mit einem Erstaunen um mich, das mit jedem neuen Gegenstand zunahm, auf dem meine Augen zufällig ruhten. So ein seltsames Zimmer hatte ich mein Lebtag nicht gesehen; noch seltsamer aber kam mir's vor, ein solches Zimmer in einem einsamen Bauernhaus auf diesen wilden öden Marschen zu finden! Einmal um's andre schaute ich bald von meinem Tisch auf seine Umgebungen und wieder von seinen Umgebungen auf meinen Tisch, mich fragend, wer und was er sein möge? Sein Kopf war prächtig; mehr aber der Kopf eines Dichters, als eines Naturforschers. Breit an den Schläfen, hervortretend über den Augen, und bekleidet mit einer kunstlosen Fülle schneeweißer Haare, hatte er ganz das Ideale und viel von dem Schroffen, das dem Kopf Beethoven's sein scharf bezeichnendes Gepräge gibt. Es lag darin das nämliche Festzusammengedrängte des Ausdrucks. Während ich noch beobachtete, ging die Thür auf und Jakob brachte das Abendessen herein. Sein Herr machte nun sein Buch zu, stand auf, und mit artigerem Benehmen, als er bisher gezeigt, lud er mich zum Tisch ein.

Eine Platte mit Schinken und Eiern, ein Laib Schwarzbrot und eine Flasche vortrefflichen Xeres wurden vor mich hingestellt.

„Ich habe Ihnen nur die einfachste Bauernhauskost anzubieten“, sagte mein Gastgeber. „Ihre Glust wird, hoffe ich, die Mängel unserer Speisekammer ersetzen.“ (Fortsetzung folgt.)

Ministerial- und Kollegialräthe um je 200 fl., der Obermedizinal- und Medizinalräthe, Bezirksbeamten, Assessoren, Exeditoren und Hilfsbeamten der Bezirksstellen je um 100 fl., die der Kanzlisten, Kopisten, Kanzleibienen etc. je um 50 fl. erhöht werden. Die Dienstalters-Zulagen sollen auf die Kameralamts-Buchhalter und Forstamts-Assistenten ausgedehnt werden u. s. f. Mit einer Verbesserung der Lage der Staatsdiener ist die Kommission im Allgemeinen einverstanden, nur bezüglich der Größe der Aufbesserungen fand keine Einstimmigkeit statt. Zwar haben alle Mitglieder der Kommission für sämtliche von der Regierung vorgeschlagene Zulagen, so weit sie die Summe von 100 fl. nicht übersteigen, sich ausgesprochen; allein in Betreff der Zulagen im Betrag von mehr als 100 fl., also in Betreff der Befolungsaufbesserungen für die Präsidenten, Direktoren, Ministerial- und Obertribunalräthe, sowie Kollegialräthe ergab sich eine Minorität, welche glaubte grundsätzlich nicht über den Betrag von 100 fl. hinaufgehen zu sollen.

Der Abg. Röbinger stellte dagegen den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen und gegen die Regierung die Bereitwilligkeit auszusprechen, alle erforderlichen Mittel für den Staatsdienst in reichlichem Maße zu bewilligen, wenn zuvor die Regierung über eine Organisation im Sinne der Vereinfachung und der Theilnahme des Volkes an der Verwaltung Vorlage gemacht habe und darüber beschloßen sein werde.

Defleren stellt den Antrag, jede Gehaltsaufbesserung bei einem Gehalt von mehr als 1000 Gulden abzulehnen.

Röbinger kann nur eventuell dem Kommissionsantrag zustimmen und zwar unter der Gegenleistung der Regierung einer bestimmten Zusicherung der Reorganisation in dem in Röbinger's Antrag bezeichneten Sinn. Mittnachts wünscht mit dieser Bewilligung die Sache abgethan, damit nicht schon nach wenigen Jahren neue Anforderungen kommen. Daß aber eine Hilfe dringend notwendig, davon habe er in seinem Amt (der Redner ist Stadtrichter in Stuttgart) schon vielfache traurige Erfahrungen gemacht. Eine Menge Schuldenlagen gegen Beamte liegen stets in Stuttgart vor und zeigen, wie groß die Noth bei vielen Beamtenfamilien sei.

Zustizminister v. Neuraath gibt in seinem und seiner Kollegen Namen die Erklärung ab, daß sich alle schon seit Monaten mit dieser Frage beschäftigen und die Vorarbeiten vornehmen lassen. Jedes Departement werde dann eine Kommission einberufen, um die Arbeit des betreffenden Departements durchzusehen, und dann solle eine große Kommission die Haupt- und Gesamtorganisation prüfen. In diese Kommission sollen nicht bloß Beamte, sondern auch Ständemitglieder berufen werden. Röbinger ist durch diese Erklärung vorläufig befriedigt. Der Hr. Minister des Innern, v. Gehler, schließt sich der Erklärung des Justizministers, was sein Departement betrifft, vollkommen an und hat schon im November v. J. die Einleitungen getroffen.

Probst stellt den Antrag, auf die Einzelberatung der Befolungsaufbesserungen einzugehen, aber an die Regierung das bestimmte Verlangen durchgreifender Reorganisation zu richten. Nach längerer Beratung, wobei Mohl darzutun sich bemühte, daß von neuen Reorganisationen keine wohlfeilere Verwaltung zu erwarten sei und bemerkte, daß man in Württemberg seit 50 Jahren organisirte und jede neue Organisation sei theurer geworden, wurde die Diskussion geschlossen. Bei der Abstimmung wird Röbinger's Antrag auf Tagesordnung mit 75 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Defleren's Antrag, nur bis zu einer Befolung von 1000 fl. aufzubessern, wird abgelehnt mit 78 gegen 9 Stimmen. Probst's Antrag dagegen wird mit 47 gegen 40 Stimmen angenommen und die Einzelberatung daher morgen beginnen. Die gegen den Röbinger'schen Antrag abgegebenen Stimmen sind bis auf die 12 für Röbinger's Antrag eben so gut für die Befolungsaufbesserung wie die 47, nur wollten diese sie ganz bedingungslos.

München, 30. Jan. (W. L. B.) Die „Bayer. Ztg.“ glaubt zu wissen, daß die Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen ohne Aussicht auf Erfolg seien: Hr. v. Hof werde schwerlich mehr nach Berlin zurückkehren.

Lübeck, 27. Jan. Vor einigen Tagen ist der Präses des Post- und Telegraphendepartements, Senator Dr. Curtius, nach Berlin gereist, dem Vernehmen nach, um die letzten Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung des Lübeck-Hamburger Telegraphen, in Folge des preussischen Protestes gegen den Vertrag darüber, in den Weg gestellt haben, durch persönliche Verhandlungen aus dem Wege zu räumen.

Altona, 28. Jan. (Köln. Ztg.) Vor einigen Tagen ist in Schleswig-Holstein eine Verfügung erschienen, wodurch das frühere vorchristliche Brennzeichen der Schiffe „Dansk Glendon“ beseitigt wird; allein über die erforderlichen neuen Bestimmungen wegen der Schiffs-papiere und der äußeren Zeichen der Nationalität der Schiffe herrscht noch immer große Unklarheit und Unsicherheit. Fast sämtliche holsteinische Schiffe fahren noch fortwährend mit ihren früheren Schiffs-papieren und unter dänischer Flagge; denn daß sie da, wo es nicht darauf ankommt und Seitens der Behörden von der Nationalität der Schiffe keine weitere Notiz genommen wird, häufig die schleswig-holsteinische Flagge aufziehen, thut nichts zur Sache. In auswärtigen Häfen werden diese Schiffe meistens noch immer als dänische registriert und melden sich, wo es erforderlich, bei den dänischen Konsuln, weil im Auslande die noch nicht völlerrechtlich anerkannte schleswig-holsteinische Flagge natürlich nur als Phantasteflagge betrachtet werden muß. Die Beibehaltung der dänischen Flagge für holsteinische Schiffe, so lange es angeht, erklärt sich übrigens auch aus anderen Umständen. Im Allgemeinen wechselt ein Schiffer nicht gern die Flagge, unter welcher er bisher mit Glück gefahren hat; es ist dies von Alters her ein bei den Seeleuten ziemlich verbreiteter und fest wurzelnder Aberglaube, der besonders da zur Geltung kommen wird, wo der Schiffer zugleich Ruderer oder Wirteder seines Fahrzeuges ist, wie dies bei der zahlreichen Blankener Ruderer vielfach stattfindet. Sodann gewährt die dänische Flagge im Verkehr mit einigen Ländern den Schiffen gewisse Vortheile, z. B. dänische Schiffe zahlen in französischen Häfen, gleichviel ob in direkter oder indirekter Fahrt ankommend, nur 1 Fr. Tonnenzoll, während nichtprivilegirte Schiffe 4 1/2 Fr. Tonnenzoll zu entrichten haben. Preussische Schiffs-papiere und Flaggen haben bis jetzt nur sehr wenige holsteinische Schiffe genommen, namentlich nur solche, welche in den ostasiatischen Meeren beschäftigt sind und dadurch an den Vortheilen des preussisch-

japanischen Handelsvertrags partizipiren werden. Der jetzige ungewisse und unregelmäßige Zustand rücksichtlich der Flagge wird aber nicht lange mehr dauern können, denn es läßt sich voraussehen, daß die dänische Regierung ihre Konsuln im Auslande instruiren wird, sich der schleswig-holsteinischen Schiffe nicht mehr anzunehmen, vielmehr bei den Hafenbehörden dagegen zu remonstriren, daß diese Fahrzeuge noch als dänische betrachtet werden. Dies ist eine natürliche Selbstfolge des Wiener Friedensvertrags.

Kiel, 28. Jan. Graf Ludwig zu Reventlow hat gestern Abend von der Zivilbehörde in Flensburg ein Detret erhalten, welches ihn mit der Stelle eines Amtmanns von Fehmarn „betraut“ (dies der Ausdruck des Altentums, der wohl dem hier zu Lande üblichen „Konstitut“ entspricht). „Diese Verfügung — schreibt man der „Nat.-Ztg.“ — ist von Bedeutung. Graf Reventlow, 1824 auf dem Gute Sanberg im Sundewitt geboren, also ein Nordschleswiger und in den letzten Jahren Advokat in Kiel, war nach Theodor Lehmann's Tode der allgemein anerkannte Führer der nationalen Partei in den Herzogthümern und als solcher bis zum Einrücken der deutschen Großmächte in Schleswig vielfach und mit Erfolg thätig. Auch nach dieser Zeit wirkte er noch für die Purifizierung des Landes von den Dänen. In den letzten Monaten schien er sich von der Beteiligungs an politischen Dingen zurückgezogen zu haben. Seiner Parteifarbe nach gehört er zu denen, die ohne das Recht des Herzogs aufzugeben, den engen Anschluß der Herzogthümer an Preußen vor Allem betonen. (Er lehnte vor kurzem den Eintritt in den Ausschuß des Nationalvereins ab, weil er die Eisenacher Beschlüsse mißbilligte.)

Kiel, 28. Jan. Als Sachverständige für die in dem Friedensvertrag bestimmten finanziellen Auseinandersetzungen und für die Aussonderung des Archivs sind die H. H. Professor Navit und Amtmann Springer zu Segeberg von den Zivilkommissären ernannt worden. In Betreff der Personalien der schleswig-holsteinischen Landesregierung wird der „Kiel. Ztg.“ folgendes mitgetheilt: Zum stellvertretenden Vorsitzenden ist als ältester Sektionschef Hr. W. Kesper designirt; zu Bureauchef: der 1. Sektion Hr. D. Rathlew, der 2. Hr. Rathgen, der 4. Hr. Griebel; in der 6. Sektion: zum Bureauchef der Finanzabtheilung Hr. Martens, der Domänenabtheilung Hr. Gayen, der Jagd- und Forstverwaltung Hr. Mackprang; endlich zum Bureauchef des Sekretariats Hr. Jasper. — In den letzten Tagen sind mit 21 Besthern aus Dorfsgaarden und der Umgegend preussischer Seite Unterhandlungen über Abtretung von Grundstücken angeknüpft worden; die Anlage eines Schiffswerftes, welche bei diesen Unterhandlungen in Aussicht genommen ist, wird nach der Größe und Lage des betreffenden Areals eine großartige Ausdehnung gewinnen. Sie wird sich von Dorfsgaarden bis nahe an Wilhelmshöhe erstrecken, am jenseitigen Hafenufer der Stadt gegenüber. — In der letzten, nur sehr schwach besuchten Versammlung des hiesigen Schleswig-holsteinischen Vereins wurden zu Vorstandsmitgliedern erwählt: Prof. Hänel, Lehrer Schlichting und H. D. Lange; zu Delegirten Dr. Steindorff, H. D. Lange, Lehrer Schlichting, Dr. Weber, R. v. Neergaard.

Berlin, 28. Jan. Die nur theilweise durch ein Telegramm mitgetheilten Anträge des Abg. Jordanbeck als Referenten der Budgetkommission, welche von dieser angenommen wurden, lauten vollständig:

- 1) Zunächst an das Abgeordnetenhaus über den vorgelegten Staatshaushaltsentwurf einen Generalbericht zu erstatten und in demselben, mit Rücksicht auf die im vorliegenden Etat veranschlagte bedeutende Steigerung der Einnahme des Staates und auf die gleichzeitig vorgelegten Gegenentwürfe über die Bewilligung einer Anleihe zu erörtern: a. ob die in vielen Kreisen der Bevölkerung hervortretenden Klagen über eine übermäßige und fortwährend steigende Anspannung der Steuerlast des Landes begründet sind; b. eventuell welche Mittel und Wege vorhanden sind, derselben abzugeben oder für die Zukunft vorzubeugen; c. ob den vielfach hervortretenden und äußerst dringenden Bedürfnissen der einzelnen Verwaltungszweige durch eine gerechte Vertheilung der Staatsmittel abgeholfen ist. 2) Gleichzeitig in der Kommission, vorbehaltlich eines Beschlusses über die Beratung des Militäretats, in die Beratung der übrigen Spezialstats einzutreten. Die Beschlüsse über Feststellung der Einnahmen und Bewilligung der Ausgaben jedoch nur vorläufig und mit dem Vorbehalt, später auf dieselben zurückzukommen, zu fassen. 3) Bei Erstattung des Generalberichts dem Hause vorzuschlagen: im Hinblick auf die Beschlüsse des Hauses vom 7. und 13. Okt. 1862, 17. Febr. 1863 und 25. Jan. 1864 die in der Verfassung ungewisselhaft festgestellten Rechte des Hauses in Betreff der Finanzen noch durch eine ausdrückliche Erklärung zu wahren, die Beschlußnahme aber über Form und Inhalt dieser Erklärung bis nach Feststellung des Generalberichts vorzubehalten. 4) Die königl. Staatsregierung aufzufordern, die über die Veranlagung der Gebäudesteuer in den Jahren 1863 und 1864 erlassenen allgemeinen Ministerialverfügungen und Seitens des Ministeriums ausgearbeiteten Denkschriften der Kommission vorzulegen. 5) Mit Rücksicht darauf, daß die in der Thronrede versprochene Vorlage über die Kriegskosten erst nach dem Finalabschluß des vergangenen Jahres, also frühestens Ende März 1865 zu erwarten ist, von der königl. Staatsregierung Auskunft darüber zu erfordern: welche Veränderung in den vorhandenen Mitteln des Staates durch die Führung des Krieges gegen Dänemark entstanden, insbesondere ob und welche Summen dazu aus dem Staatschatz entnommen sind. 6) Durch diese Beschlüsse die Anträge der Abgg. v. Sauten und Dr. Birchow für erledigt zu erachten.

Zur Abfassung dieses Vorberichtes wurden bestimmt die Abgg. v. Jordanbeck, v. Hoyerbeck, Emsfen, Michaelis und Reichenheim; außerdem ver sprach der Vorsitzende der Budgetkommission, Hr. v. Boctum-Dollfus, den Arbeiten dieser Unterkommission beizuwohnen. Die Debatte hatte u. A. zu der Frage geführt, wie es mit dem Staatschatz stehe, was der schleswig-holsteinische Krieg gekostet habe, und woher das Geld dazu genommen sei. Der Ministerialkommissär, Hr. Geh. Rath Wille, bedauerte, hierüber noch keine Auskunft geben zu können. Er sagte, die Rechnung über die Kosten des Krieges sei noch nicht fertig, und so lange sie noch nicht fertig sei, könne

man auch nicht sagen, woher das Geld gekommen sei, das man dafür gebraucht habe; so viel sei aber gewiß, daß man keinerlei Kredit in Anspruch genommen, auch nicht die zu Eisenbahn-Bauten bestimmte Anleihe zu Kriegszwecken verwendet, endlich auch nicht die Betriebsfonds der Verwaltung dazu verbraucht, kurz daß man keinerlei außerordentliche Finanzoperationen gemacht habe. Die Frage, ob etwas und wie viel dem Staatschatz entnommen sei, erklärte er vorläufig nicht beantworten zu können. Die Bemerkung, daß die Betriebsmittel der Justizverwaltung zur Bestreitung militärischer Ausgaben eingezogen worden seien, wies er als eine irrige Unterstellung zurück; es seien, führte er aus, zur Vereinfachung des Geschäftsgangs 550,000 Thlr. aus dem Betriebsfond der Justizverwaltung herausgezogen und der Generalstaatskasse bis auf 50,000 Thlr., die zum Staatschatz geflossen, überwiesen worden.

Die „Rhein. Ztg.“ veröffentlicht eine Uebersicht der Mitglieder der verschiedenen Fraktionen des Abgeordnetenhauses. Danach zählen: die feudale Fraktion 34, die katholische (Zentrum) 26, die Fraktion Boctum-Dollfus (linkes Zentrum) 108, die Fortschrittspartei 138, die Polen 26. Zu keiner Fraktion gehören 13 Mitglieder. Außerdem sind zwei Minister (v. Roon und v. Selchow) Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 29. Jan. Das zwischen Preußen und Frankreich vereinbarte Protokoll vom 14. Dezbr. 1864 ist im Druck erschienen. Nach der begleitenden Denkschrift war der Zweck der Verhandlungen, einzelne Vertragsbestimmungen (vom 2. Aug. 1862), deren Fassung Zweifel oder Bedenken veranlaßt hatte, authentisch zu erläutern und einzelne Aenderungen oder Ergänzungen festzustellen, welche mit der Tendenz der Verträge vereinbar und ohne eine auf wesentliche Theile der beiderseitigen Tarife zurückgreifende Verhandlung erreichbar erschienen.

Aus den Einzelheiten hebt wir hervor, daß Art. 5 bestimmt: „Wer eine nach dem Werthe belegte Waare einführt, soll nicht verpflichtet sein, zur Begründung seiner Zolldeklaration über den Werth der Waare eine von dem Fabrikanten oder Verkäufer herrührende Faktur vorzulegen.“ — Auf Wunsch Sachsens soll Art. 25 des Handelsvertrages so verstanden werden, daß, falls in einem Zollvereins-Staate die Zulassung von Ausländern zum händigen Gewerbebetrieb an die Bedingung der Aufnahme in den Staatsverband geknüpft ist, Frankreich für seine Unterthanen auf Grund des Art. 25 keine Befreiung von den beschlagnahmten Vorschriften, so lange dieselben noch allen anderen Staaten gegenüber gelten, beanspruchen kann. Art. 7 des Protokolls lautet: „Die auf Ausfuhrverbote bezügliche Bestimmung des Art. 31 (des Vertrages vom 2. Aug. 1862) kann den aus dem Bundesverhältnisse herrührenden Verpflichtungen der zum Zollverein gehörenden deutschen Bundesstaaten keinen Eintrag thun.“ Art. 8 setzt als Termin für die Ausführung der Verträge den 1. Juli 1865 fest, an Stelle der Bestimmung des Art. 33 des Handelsvertrages, daß sie zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationen in Kraft treten sollen. — Die Protokollbestimmungen, betreffend die Litteralkonvention, haben die Hinterlegung von Fischereicemularen auf, gestatten die Durchführung von Nachriden, die in Preußen und andern Vereinststaaten erschienen sind, durch Frankreich, und verpflichten zur Wiederholung der Erklärung, daß Autor oder Verleger sich das Recht der Uebersetzung vorbehalten, bei jeder ersten Abtheilung oder Lieferung eines neuen Bandes. Die Denkschrift bemerkt dazu, daß mit diesen Zusätzen zum Vertrag vom 2. Aug. 1862 der Mehrzahl der Wünsche entsprochen ist, deren Vertretung Preußen seinen Zollverbindungen zugesagt hatte, und daß damit eine unverkennbare Verbesserung der Konvention erreicht worden ist. — Am Schluß erwähnt die Denkschrift der Erklärung, mit welcher Frankreich die Verhandlungen über das Protokoll eröffnete. Danach wird der Zollverein mit Ausführung der Verträge in den Genuß aller Begünstigungen treten, welche Frankreich seit dem Jahr 1862 an Belgien, Italien und die Schweiz eingeräumt hat.

Der Minister des Innern hat nach der „Spen. Ztg.“ folgende Verfügung an die k. Regierungen erlassen:

Aus Anlaß der päpstlichen Encyclica an die Bischöfe in Polen haben einflussreiche französische Geistliche in Paris unter dem Namen „Stiftung des Katholizismus in Polen“ eine Assoziation gebildet, welche den Zweck hat, den polnischen Katholiken zur Hilfe zu kommen, sie gegen russische Verfolgung zu schützen, ihren Muth aufrecht zu erhalten, und sie in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu befestigen. Von dem Vorsitzenden L. G. v. Segur, Prälat des päpstl. Hauses und Kanonikus des kais. Kapitels von St. Denis, wird die Verwirklichung dieser Assoziation zunächst für alle französischen Diözesen, sodann aber auch für andere katholische Länder angestrebt. Daß dem Verein nicht bloß ein religiöser Zweck, sondern auch eine politische Tendenz zum Grunde liegt, ergibt die Bemerkung in einem von dem Sr. Segur an den Erzbischof von Posen gerichteten und durch die Zeitungen veröffentlichten Schreiben vom 15. Okt. d. J., daß man durch Erfüllung der gestellten Aufgabe wirksamer als durch den Angriff von Armeen über die Spekulationen der Diplomatie zur Auferhebung des polnischen Volkes beizutragen überzeugt sei. In Verbindung hiermit steht die Nachricht, daß die Gründung eines polnischen Seminars zur Ausbildung von Aspiranten polnischer Nationalität für den geistlichen Stand in Rom genehmigt und der Rekurrenzion-Mönch Peter Semelko ermächtigt worden ist, die ehemals polnischen Landestheile zu bereisen, um Schüler für das Seminar zu gewinnen, zugleich aber in katholischen Ländern Beiträge für dasselbe zu sammeln. Die k. Regierung mache sich hierauf mit der Veranlassung aufmerksam, gegen etwa zu Gunsten der gedachten Assoziation oder des Seminars beabsichtigte Sammlungen die bestehenden, resp. auf Grund des Restripts vom 24. Okt. 1862 erlassenen Vorschriften wegen unbefugten Kollektirens zur Anwendung zu bringen. Berlin, 31. Dez. 1864.

Berlin, 30. Jan. (Köln. Ztg.) Der Meinungsaustausch zwischen Berlin und Wien betrifft, wie berichtet wird, theils bundesrechtliche Fragen, theils praktische Einrichtungen in den Herzogthümern. Die Befandlung der ersten soll theilweise retropektiver Natur sein. Hierauf wird sich beziehen, was die Wiener Zeitungen von in diesen Tagen erwarteter preussischer Eröffnung melden. Die Hauptmaterie der österreichischen Depesche vom 21. Dez. wird davon selbstverständlich nicht berührt. — In der Finanzkommission des Ab-

geordnetenhauses wurde so eben ein Antrag des Abg. v. Unruh, die Verabreichung über die der Frier-Galler Eisenbahn zu gewährende Zinsgarantie auszuheben, bis ein Budgetgesetz hergestellt sei, mit 17 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die Kommission trat in die Spezialberatung ein. — Heute Mittag wird im Hotel des Staatsministeriums ein Ministerrat stattfinden, wie verlautet über die schleswig-holsteinische Frage. Darauf hat der Ministerpräsident, Hr. v. Bismarck, Vortrag bei Sr. Maj. dem König.

**Berlin, 30. Jan., Abends.** Die „Kreuzzeitung“ sagt: Das Abgeordnetehaus scheint von Mitgliedern, welche einen schärferen Konflikt vermeiden wollen, in der Budgetberatung auf Nebenwege verleitet zu werden, welche hauptsächlich auf Einstellung der Arbeiten bezüglich der gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltes führen würden. Es scheint ungewiss, ob die Regierung eine tatsächliche Verweigerung der Mitwirkung als solche betrachtet und dem Haupte die Verantwortung für die Fruchtlosigkeit und den notwendigen Abbruch der Verhandlungen überlassen würde.

**Berlin, 31. Jan. (W. L. B.)** Die „Spen. Ztg.“ bringt ein Wiener Telegramm von gestern Abend, wozu die preussische Antwort auf die österreichische Depesche vom 21. Dezember in Wien eingetroffen ist. Die Antwort formuliert keine Forderungen bezüglich der zukünftigen Verhältnisse der Herzogthümer und will die Meinung der Kronsynodi wegen gleichzeitiger Entscheidung der Erbfolge und des Verhältnisses der Herzogthümer zu Preußen abgewartet wissen. Man erwartet eine sofortige Erwidrerung des österreichischen Kabinetts.

**Wien, 29. Jan.** Es ist so eben in verschiedenen Blättern von Hannover aus meiner Mittheilung widersprochen worden, daß Oesterreich Anlaß genommen habe, der hannoverschen Unterstützung der obdenburgischen Kandidatur gegenüber seinen Standpunkt in der Herzogthümerfrage, und zwar mit besonderer Betonung der Ansprüche des Herzogs von Augustenburg, eingehend darzulegen. Ich weiß nicht, an welchen Nebenpunkt sich dieses Dementi klammern mag; aber es ist unmöglich, daß die hannoversche Regierung selbst die Thatsache sollte abläugnen wollen, daß eine nach Hannover gerichtete österreichische Depesche des feiner Zeit von mir angegebenen Inhalts existirt.

**Wien, 30. Jan. (Fr. P. Ztg.)** Anlässlich des Gerüchts, Bayern werde einen Antrag an den Bund bringen, bemerkt die eben erschienene „Abendpost“: „Wir glauben im Interesse einer baldigen und erfreulichen Lösung der Erbfolgefrage andeuten zu sollen, daß es wohl kaum gerathen wäre, den Gang der Entwicklung durch neue Incidenzfragen zu unterbrechen. Die Verzögerung, welche damit nothwendig eintreten müßte, würde gerade den Wünschen der bisherigen Bundesmajorität sachlich vielleicht am wenigsten entsprechen.“ — Die heute früh hier eingetroffene Antwort Preußens ist diesen Mittag dem Grafen Mensdorff mitgeteilt worden.

**Wien, 30. Jan. (Fr. Z.)** Die eingetroffene Antwort Preußens auf die österreichische Depesche vom 21. Dez. lautet ausweichend; sie will das Gutachten der Kronsynodi wegen der gleichzeitigen Entscheidung der Erbfolge- und Interessenfragen abgewartet wissen.

### Italien.

**Turin, 27. Jan. (Köln. Ztg.)** Während die Kundgebungen gestern ausschließlich von den Studenten ausgingen, haben heute in Gemeinschaft mit diesen zahlreiche Scharen von Arbeitern in vorgerückter Abendstunde in den Hauptstraßen der Stadt die aufwühlenden Rufe erhoben: „Es lebe Garibaldi!“ „Hoch die Republik!“ „Es lebe Turin, die Hauptstadt Italiens!“ „Tod Minghetti und Peruzzi!“ Das Gerücht verbreitete sich, daß auf morgen noch beunruhigendere Kundgebungen vorbereitet werden. So glaubte das Ministerium, nicht länger zusehen zu dürfen. Die Artikel des Gesetzes der allgemeinen Sicherheit gegen Zusammenrottungen wurden angeschlagen und mit Anwendung von Gewalt im Fall der Erneuerung der Ruhestörungen gedroht. In einer weiteren Proklamation des Staatspräsidenten wurden die Bürger ermahnt, sich in Ruhe dem Parlamentsbeschluss zu fügen. Zwar wurden durch die Nationalgarde, welche sich bei dem ganzen Vorgang durch Mäßigkeit und Takt auszeichnete, einige offenbare Rädelsführer festgenommen; im Ganzen aber hatten die Zusammenrottungen keinen gefährlicheren Charakter, und es ist zu erwarten, daß nach den Proklamationen der Regierung und Stadtbehörde auch die letzte, durch den September-Vertrag hervorgerufene Bewegung ihr Ende gefunden habe. — Wie vorausgesehen war, haben die Kammerabtheilungen einstimmig beschlossen, den Gesetzentwurf Boggio's, den Opfern vom 21. und 22. September oder ihren Erben eine Leibrente von 600 Fr. auszusprechen, nicht zur öffentlichen Lesung zuzulassen. — Den Beamten des Generalsekretariats sowohl im Ministerium des Innern als in dem der auswärtigen Geschäfte ist die bestimmte Weisung zugegangen, sich darauf vorzubereiten, spätestens bis zum 10. Mai ihre Ueberlieferung nach Florenz vorzunehmen.

### Frankreich.

**Paris, 30. Jan.** Die „Patrie“ hatte gestern Abend den Tod des früheren Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Thouvenel, gemeldet; der „Moniteur“ berichtet heute, daß das Abendblatt glücklicher Weise einen Irrthum beging, indem es einen gleichnamigen Verwandten mit dem Minister a. D. verwechselte. Nach Berichten aus Arcachon ist übrigens der Zustand des Hrn. Thouvenel sehr besorgniserregend. — Die Nachrichten aus Turin sind einstimmig, in den stattgehabten Manifestationen eine Mazzinistische Bewegung darzustellen, wenigstens die Demonstration mit dem Rufe „Morte a Spaventa, vogliamo giustizia“ sich ausschließlich auf die Unterjochung der September-Ereignisse zu beziehen scheint. Der Sonntag scheint ruhig vorübergegangen zu sein, dagegen befürchtete man, nach Privatbriefen, neue Manifestationen für heute, Montag, Abend. Mazzinistische Maueran-

schläge nämlich hatten das Volk aufgefordert, die Abgeordneten und die Stabsoffiziere auszuspfeien, die sich zu dem Hofball begeben werden. Eine außerordentliche Gerechtigkeit gibt sich gegen den Minister des Innern Hrn. Peruzzi kund. — Das französisch-polnische Komitee richtet eine Mittheilung an die Zeitungen, um darzulegen, wie es ihm unmöglich ist, den polnischen Emigranten fernere Unterstützung angedeihen zu lassen, nachdem man ihm plöblich die (erst bewilligte) Erlaubniß zu Konzerten, Theatern, literarischen Konferenzen etc. entzog.

Der Kardinal-Erzbischof von Rouen und die Bischöfe von Versailles, Bay, Langres und Cahors haben an die Geistlichkeit ihrer Kirchsprengel Briefe betreffs der Encyclica gefandt. — Die „France“ berichtet, daß die Doktoren Relation und Meyer nach Nizza abgereist sind, wohin sie zur Konsultation beim Großfürst-Thronfolger von Rußland berufen worden sind.

Die Börse war heute sehr flau und den Käufern, welche man für diesen Monat eine pyramidale Haufe versprochen hatte, fängt es an, Angesichts der Liquidation nicht recht wohl zu Muth zu sein. Rente fiel auf 67; ital. Anl. 65.10. Die Domänenobligationen machen 2 bis 3 Fr. Verlust.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 26. Jan. (Nat.-Ztg.)** In der heutigen Sitzung des Reichsraths-Vollstehing kam der Gesetzentwurf, betreffend die Berechtigung fremder Schiffe zur dänischen Küstenfahrt, und damit auch das Amendement hinsichtlich der Nichtanwendung dieses Gesetzes auf schleswig-holsteinische Schiffe zur Sprache. Orlogskapitän Luren empfahl den entsprechenden Ausschussantrag und meinte, daß dessen Annahme den auf die Schifffahrt bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags nicht zuwider sein würde. Der Fabrikant Tutein und der Finanzminister David waren jedoch anderer Meinung. Der Erstere fand es höchst unstatthaft, daß man den Schleswigern, die sich stets loyal bewiesen, Dasjenige vorenthalten wolle, was z. B. den Sinesen erlaubt werde. Der Finanzminister erachtete die Annahme des Amendements für um so bedenklicher, als es der endgiltigen Erledigung der Friedensbestimmungen jedenfalls die größten Schwierigkeiten bereiten würde. Der Wortführer beantragte dann die nochmalige Prüfung des Entwurfs durch den Ausschuss. — Der vom Reichstag-Landstehing niedergesetzte Ausschuss zur Prüfung des Strafgesetzentwurfs hat in diesen Tagen ein in der „Reichstags-Zeitung“ nicht weniger als 192 Spalten füllendes Gutachten erstattet. Wie schon erwähnt, bedroht § 79 des Entwurfs die staatsverbrecherische Verbindung mit Regierungen, Vereinen und Versammlungen des Auslandes, sowie die Unterstützung feindseliger Absichten gegen den dänischen Staat durch Rede und Schrift mit einer Gefängnißhaft von 3 Monaten bis zu 6 Jahren. Der Ausschuss, in welchem sich der eifrigste Wortkämpfer des Skandinaventhums, Redakteur Bloug, befindet, hat die gänzliche Streichung dieses Paragraphen beantragt. Die amtliche „Berling. Ztg.“ bemerkt dagegen:

Es bedarf kaum einer näheren Auseinandersetzung, um die gefährlichen, staatsauslösenden Handlungen nachzuweisen, denen der Stempel der Gefährlichkeit aufgedrückt werden würde, falls die beantragte Bestimmung aus dem Gesetz entfernt werden sollte, sowie in welcher Richtung durch die Duldung derartiger staatsgefährlicher Verbindungen und Provokationen auf die endliche Auflösung des dänischen Reichs hingewirkt werden würde. Wir erwarten deshalb, daß die Regierung diesem Wandel gegenüber nicht blind sein möge, während wir auch von dem Landstehing eine bessere Einsicht hoffen, damit das Land nicht der Möglichkeit preisgegeben werde, das Strafgesetz vom König zurückgewiesen zu sehen.

In Jütland wird von Seiten der Bauernfreunde mit Erfolg gegen November-Verfassung und Reichsrath agitirt. In vielen jütländischen Ortschaften haben Volksversammlungen stattgefunden, und es wurden im Interesse der sofortigen Wiederherstellung des dänischen Staats-Grundgesetzes vom 5. Juni 1849 Adressen an den dänischen Reichstag beschloffen.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 26. Jan. (Nat.-Ztg.)** Wie es heißt, soll die jetzt in Moskau tagende Adelsversammlung, welche schon vor drei Jahren, an einer Adresse berathen, welche für Rußland eine „Konstitution“ fordert. Dem Kaiser aber wird die Aeußerung in den Mund gelegt, als werde er, so lange er am Leben sei, keine konstitutionelle Regierung einführen, denn er wisse sich um 50 Jahre fortgeschrittener als sein Adel und sein Volk; sollten ihn aber die Umstände hierzu beunruhigen, so werde er vorerst gewisse liberale Gesetze als Grundgesetze extroyiren, um einem späteren Landtage den Rückschritt in die Feudalität unmöglich zu machen. — Auch soll sich nächster Tage in Moskau ein sogenannter Handelsrath vereinigen, um über die Denkschrift des deutschen Handelslages zu Gunsten eines Handelsvertrages sich auszusprechen. Man erwartet natürlich von der fabrikreichen Stadt ein gut protektionistisches Gutachten. Unerwarteter kam der Regierung, daß selbst Petersburg, das doch nur ein Handelshafen ist, in den härtesten Ausbrüchen gegen alle freihändlerische Zumuthung protestirte. Die Regierung verschanzte sich natürlich mit Behagen hinter solchen Demonstrationen und sagt: Was können wir thun?

### Amerika.

**Neu-York, 19. Jan. (Mit der „Asia“)** Man hat jetzt Näheres über die Einnahme des Forts Fisher. Dasselbe wurde nach einem lebhaften Bombardement von der Flotte vom General Perry mit Sturm genommen. Die Nordstaatlichen haben 72 Kanonen erobert und 2500 Gefangene gemacht.

Der „Richmond-Enquirer“ sagt, daß Hr. Davis dem Hrn. Blair ein Schreiben für Hrn. Lincoln übergeben habe. Die Blätter des Nordens, sowie die des Südens zeigen wenig Vertrauen in den Ausgang der wegen des Friedens angeknüpften Unterhandlungen.

Bei Abgang der letzten Nachrichten von Savannah hatte Sherman zwei Divisionen nach Beaufort abgeschickt, welche

von da gegen die Eisenbahn von Charleston vorgegangen waren und eine Stellung eingenommen hatten, welche Bototaliga beherrscht. Die Südstaatlichen hatten die Forts geräumt, welche sich in der Nachbarschaft dieser Stadt befinden.

**Washington, 19. Jan.** Man hat Nachrichten aus Vera-Cruz vom 31. Dezember. Die erste Abtheilung österreichischer Freiwilligen ist in dieser Stadt angelangt; ebenso Graf Thun, der Gesandte Oesterreichs beim Kaiser Maximilian.

**Southampton, 29. Jan.** Der „Altrato“ hat, von Westindien kommend, 1,038,057 Dollars mitgebracht.

Nachrichten aus Peru melden die Ankunft von drei spanischen Fregatten vor den Chinchas-Inseln; dieselben sind zur Verstärkung des Geschwaders gekommen. Die peruanische Flotte hatte durchaus keine Bewegung gemacht. Die peruanischen Kommandanten hatten die Unmöglichkeit erkannt, gegen die Spanier die Offensive zu ergreifen. Das Kabinet von Lima hatte nach Madrid geschrieben, daß es bereit sei, Spanien alle KonzeSSIONen zu machen, die mit der Gerechtigkeit vereinbar wären, aber daß es eher bereit sei, die größten Opfer zu bringen, als demüthigende Bedingungen zu unterzeichnen. Die peruanische Regierung verläßt sich in dieser Sache, bei den jetzigen äußersten Verhältnissen, auf die Leistung des südamerikanischen Kongresses.

**Southampton, 30. Jan.** Nachrichten von Cuba melden, daß über 100 Pflanzer eine Petition unterzeichnet haben, welche den Generalkapitän ersucht, bei der Königin von Spanien, sowohl als in seinen Kräften stehe, zu Gunsten der Aufhebung der Sklaverei zu wirken.

Man meldet von Callao, daß seit Ankunft der drei Fregatten der Admiral Pareja sein ganzes Geschwader verproviantiren lasse. Man sagte, er habe von Madrid Vollmachten erhalten und hielt ihn einer freundschaftlichen Ausgleichung günstig gestimmt. Man hatte indessen die Veröffentlichung einer spanischen Note bemerkt, welche den Beschluß andeutete, daß man die Sachen aufs Aeußerste treiben und von Peru demüthigende Zugeständnisse fordern werde. Am 26. Dez. hatte der Sekretär des südamerikanischen Kongresses nach den Chinchas-Inseln auf einem neutralen Schiff eine Botschaft geschickt, welche ankündigte, daß das spanisch-peruanische Zerwürfniß jetzt eine südamerikanische Frage geworden sei und daß Feindseligkeiten als ein Angriff gegen alle verbündeten Republiken angesehen würden. Aber diese Botschaft war vom Admiral Pareja kalt aufgenommen worden und man glaubte, das spanische Geschwader werde nächsten nach Callao kommen, um ein Ultimatum zu unterstühen.

### Baden.

**Heidelberg, 29. Jan. (Mannh. Z.)** Dieser Tage verweilten eine größere Anzahl Standesherren in hiesiger Stadt behufs der Besprechung verschiedener Standesinteressen. Namentlich waren unter ihnen sämtliche Linien der Fürsten Hohenlohe vertreten. Jeder der Versammelten hatte einen bei ihm angestellten Juristen oder Wirthschaftsbeamten als Sachverständigen bei sich. — Gestern ist der protestantische Dekan Sabel dahier nach längerer Krankheit mit Tod abgegangen. Er wirkte mehrere Jahrzehnte als Seelsorger in hiesiger Stadt, und gehörte bekanntlich als Theologe der orthodoxen Richtung an. — Vor einigen Tagen wurde in einem Gewölbe der Schloßruine ein Schagräber entdeckt, welcher die von dem Kurfürsten Friedrich V. vor seinem Wegzug nach Böhmen angeblich vergrabenen Kostbarkeiten an den Tag fördern wollte.

**Mannheim, 31. Jan. (Mannh. Anz.)** Gestern wurde der verunglückte Bierbrauer Johann Heinz von Derrnbach beerdigt. Durch die in der Brauerei des großen Mayerhofs bewirkten Zerstörungen ist der Geschäftsbetrieb auf einige Zeit gehemmt, wodurch der Schaden des unglücklichen Vorfalles eine beträchtliche Erteigerung erhält. Wie wir erfahren, hat Hr. B. Lang der Aktienbrauerei eingeräumt, seine Brauerei an 3 Tagen der Woche zu benutzen. Der geborstene Kessel ist in mehrere Stücke zerfallen und bietet ein sprechendes Bild von der furchtbaren Gewalt der Explosion. Zur Feststellung der mutmaßlichen Ursache der Explosion ist eine technische Kommission ernannt.

### Vermischte Nachrichten.

— **Hannover, 27. Jan. (S. Börs.-Bl.)** Die (telegraphisch erwählte) Nachricht des „Neuen Hamburg“, daß gegenwärtig Vermessungen zum Zweck der Ueberbrückung vorgenommen würden, nachdem hierzu bereits vor einigen Tagen hannoversche Ingenieure in Harburg eingetroffen seien, ist nach Aeußerungen der sächsischen Eisenbahn-Kommissionäre durchaus unbegründet.

— Bekanntlich wurde von den Offizieren der Brigade Gondrecourt der Beschluß gefaßt, ihren bei Jagel und Ober-Seld gefallenen Waffenbrütern auf der Wälsbühl am Königshügel in Schleswig ein würdiges Denkmal zu errichten. Dieses Denkmal ist, wie Prager Blätter melden, bereits vollendet. Es stellt einen großen Granitblock von 16' Höhe vor, an dessen vier Seiten runde Erzplatten von etwa 1 Fuß Durchmesser angebracht sind. Die eine derselben an der Vorderseite zeigt den österreichischen Doppelpaar mit dem Namenszuge Sr. Maj. des Kaisers, die entgegengesetzte eine auf die Bedeutung des Denkmals sich beziehende Inschrift; die beiden andern Platten sind mit Laubfränzen geziert. Die Enthüllung und Einweihung des Denkmals wird am 3. Febr., als am Jahrestage des siegreichen Gefechts, stattfinden.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
30. Jan.					
Morgens 7 Uhr	27° 6.47	+ 0.5	S.W.	ganz bew.	trüb, Frost
Mittags 2 „	5.50	+ 2.7	„	„	„ Schneeflocken
Nachts 9 „	5.43	+ 2.0	„	„	„ frisch

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 2. Febr. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. **Der Wasserträger**; Oper in 3 Akten, von Cherubini.

